Deutscher Bundestag
10. Wahlperiode

Drucksache 10/1484

23 05 84

Sachgebiet 212

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Europäischen Übereinkommen vom 17. Oktober 1980 über die Gewährung ärztlicher Betreuung an Personen bei vorübergehendem Aufenthalt

A. Zielsetzung

Im Bereich der gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherung soll die ärztliche Betreuung von Personen sichergestellt werden, die sich vorübergehend im Gebiet eines anderen als des für sie zuständigen Vertragsstaates aufhalten.

B. Lösung

Das Übereinkommen beruht auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und begründet Rechte und Pflichten der von ihm erfaßten Personen in bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit im Rahmen seines sachlichen Geltungsbereichs. Es regelt die unverzüglich notwendige Gewährung ärztlicher Betreuung von anspruchsberechtigten Versicherten (einschließlich der Familienangehörigen) bei vorübergehendem Aufenthalt im Gebiet eines anderen Vertragsstaates als desjenigen, in dem der leistungspflichtige Träger seinen Sitz hat, im Falle von Krankheit, Unfall oder Mutterschaft. Die ärztliche Betreuung wird vom Versicherungsträger des Aufenthaltsorts nach dem für ihn geltenden Recht wie für eigene Versicherte gewährt.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (321) – 806 06 – So 107/84

Bonn, den 22. Mai 1984

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Europäischen Übereinkommen vom 17. Oktober 1980 über die Gewährung ärztlicher Betreuung an Personen bei vorübergehendem Aufenthalt mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Übereinkommens in deutscher, englischer und französischer Sprache und eine Denkschrift zum Übereinkommen sind beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 535. Sitzung am 18. Mai 1984 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Kohl

Entwurf eines Gesetzes zu dem Europäischen Übereinkommen vom 17. Oktober 1980 über die Gewährung ärztlicher Betreuung an Personen bei vorübergehendem Aufenthalt

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Genf am 11. Februar 1983 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Europäischen Übereinkommen vom 17. Oktober 1980 über die Gewährung ärztlicher Betreuung an Personen bei vorübergehendem Aufenthalt und der Schlußakte der Regierungskonferenz zur Annahme des Übereinkommens wird zugestimmt. Das Übereinkommen und die Schlußakte werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 13 Abs. 4 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit dem Übereinkommen das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Das Übereinkommen soll auch im Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 13 Abs. 4 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Durch das Gesetz sind keine Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, zu erwarten

Europäisches Übereinkommen über die Gewährung ärztlicher Betreuung an Personen bei vorübergehendem Aufenthalt

European Agreement concerning the provision of medical care to persons during temporary residence

Accord européen concernant l'octroi des soins médicaux aux personnes en séjour temporaire

Die Unterzeichnerstaaten dieses Übereinkommens –

im Hinblick auf die einschlägigen Bestimmungen der Schlußakte der Konferenz über die Sicherheit und die Zusammenarbeit in Europa,

in Bekräftigung der Empfehlungen der Europäischen Regionalkonferenzen der Internationalen Arbeitsorganisation betreffend die Entwicklung der Zusammenarbeit im Bereich der Sozialen Sicherheit,

in Anbetracht der Bedeutung der zu lösenden Probleme der Sozialen Sicherheit, die sich ergeben aus den zunehmenden wechselseitigen Beziehungen zwischen diesen Staaten und aus der zunehmenden Zahl von Personen, die sich vorübergehend im Hoheitsgebiet eines anderen Staates als desjenigen aufhalten, nach dessen Rechtsvorschriften sie Anspruch auf ärztliche Betreuung haben –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Für die Anwendung dieses Übereinkommens

a) bedeutet der Ausdruck „Vertragspartei" jeden Staat, der eine Ratifikationsurkunde hinterlegt hat;

b) bedeutet der Ausdruck „Rechtsvorschriften" die Gesetze, Verordnungen und Satzungen über die Systeme der Sozialen Sicherheit einschließlich der öffentlichen Gesundheitsdienste, die im Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Übereinkommens im gesamten Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei oder in einem Teil davon in Kraft sind oder danach in Kraft treten und die Gewährung ärztlicher Betreuung regeln;

The States signatory to this Agreement,

Considering the pertinent clauses of the Final Act of the Conference on Security and Co-operation in Europe,

Recalling the recommendations of the European Regional Conferences of the International Labour Organisation on the development of co-operation in the field of social security,

Bearing in mind the importance of the problems of social security requiring solutions in the light of the expansion of mutual links among those States and of the number of persons temporarily resident in the territory of a State other than the one whose legislation entitles them to medical care,

Have agreed on the following provisions:

Article 1

For the purposes of this Agreement –

(a) the term "Contracting Party" means any State which has deposited an instrument of ratification;

(b) the term "legislation" means any laws, regulations and other statutory instruments which are in force at the time of signature of this Agreement or may enter into force subsequently in the whole or any part of the territory of each Contracting Party and which relate to social security schemes governing the provision of medical care, including national health services;

Les Etats signataires du présent Accord,

Considérant les clauses pertinentes de l'Acte final de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe;

Rappelant les recommandations des Conférences régionales européennes de l'Organisation internationale du Travail sur le développement de la coopération dans le domaine de la sécurité sociale;

Tenant compte de l'importance des problèmes de sécurité sociale à résoudre en raison de l'extension des liens mutuels entre ces Etats et du nombre de personnes en séjour temporaire sur le territoire d'un Etat autre que celui en vertu de la législation duquel elles ont droit aux soins médicaux,

Sont convenus des dispositions suivantes:

Article 1

Aux fins de l'application du présent Accord:

a) les termes «Partie Contractante» désignent tout Etat ayant déposé un instrument de ratification;

b) le terme «législation» désigne les lois, les règlements et les dispositions statutaires qui sont en vigueur à la date de la signature du présent Accord ou entreront en vigueur ultérieurement sur l'ensemble ou sur une partie quelconque du territoire de chaque Partie Contractante, concernant les régimes de sécurité sociale qui régissent l'octroi des soins médicaux, y compris les services nationaux de santé;

c) bedeutet der Ausdruck „Abkommen über Soziale Sicherheit" jede zweiseitige Übereinkunft und der Ausdruck „Übereinkommen über Soziale Sicherheit" jede mehrseitige Übereinkunft, die für die Gewährung der ärztlichen Betreuung ausschließlich zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien jetzt oder künftig in Kraft ist, und jede solche mehrseitige Übereinkunft, die für die Gewährung der ärztlichen Betreuung für mindestens zwei Vertragsparteien und einen oder mehrere andere Staaten jetzt oder künftig in Kraft ist;

(c) the term "social security convention" means any bilateral or multilateral agreement by which, in the field of medical care, two or more Contracting Parties are, or may subsequently be, bound exclusively, and any multilateral agreement by which at least two Contracting Parties and one or more other States are, or may subsequently be, bound;

c) les termes «convention de sécurité sociale» désignent tout accord bilatéral ou multilatéral qui lie ou liera exclusivement deux ou plusieurs Parties Contractantes, ainsi que tout accord multilatéral qui lie ou liera au moins deux Parties Contractantes et un autre Etat ou plusieurs autres Etats quant à l'octroi des soins médicaux,

d) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde" den Minister, die Minister oder die entsprechende Behörde, die für die Rechtsvorschriften jeder Vertragspartei im gesamten Hoheitsgebiet oder in einem Teil davon zuständig sind;

(d) the term "competent authority" means the minister, ministers or other corresponding authority responsible for the application of the legislation of each Contracting Party in all or any part of the territory of that Party;

d) les termes «autorité compétente» désignent le ministre, les ministres ou l'autorité correspondante dont relève la législation de chaque Partie Contractante, sur l'ensemble ou sur une partie quelconque du territoire de cette Partie;

e) bedeutet der Ausdruck „zuständiger Träger":

(e) the term "competent institution" means –

e) les termes «institution compétente» désignent:

i) wenn es sich um ein Sozialversicherungssystem handelt, den Träger der Vertragspartei, bei dem für die in Betracht kommende Person Anspruch auf ärztliche Betreuung besteht oder bei dem für sie Anspruch auf ärztliche Betreuung bestünde, wenn sie sich im Hoheitsgebiet dieser Partei befände;

(i) in relation to a social insurance scheme, the institution of the Contracting Party to which the person concerned is able to prove that he is entitled to receive medical care or would be able to prove that he is so entitled if he were in the territory of that Party;

i) s'il s'agit d'un régime d'assurance sociale, l'institution de la Partie Contractante auprès de laquelle l'intéressé peut faire valoir un droit aux soins médicaux ou auprès de laquelle il pourrait faire valoir un tel droit, s'il se trouvait sur le territoire de cette Partie;

ii) wenn es sich um ein anderes System als ein Sozialversicherungssystem handelt, den von der zuständigen Behörde der betreffenden Vertragspartei bezeichneten Träger;

(ii) in relation to a scheme other than a social insurance scheme, the institution designated by the competent authority of the Contracting Party in question;

ii) s'il s'agit d'un régime autre qu un régime d'assurance sociale, l'institution désignée par l'autorité compétente de la Partie Contractante en cause;

f) bedeutet der Ausdruck „zuständiger Staat" die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet der zuständige Träger seinen Sitz hat;

(f) the term "competent State" means the Contracting Party in whose territory the competent institution is situated;

f) les termes «Etat compétent» désignent la Partie Contractante sur le territoire de laquelle se trouve l'institution compétente;

g) bedeutet der Ausdruck „Aufenthalt" den vorübergehenden Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei als des zuständigen Staates, begrenzt durch die Dauer, die gegebenenfalls nach den innerstaatlichen Regelungen der erstgenannten Vertragspartei vorgeschrieben ist;

(g) the term "temporary residence" means a temporary stay in the territory of a Contracting Party other than the competent State within the limits of such period as may be prescribed by the national regulations of the first Party, should such exist;

g) le terme «séjour» désigne le séjour temporaire sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent, dans la limite de la durée prescrite, le cas échéant, par la réglementation nationale de la première Partie;

h) bedeutet der Ausdruck „Träger des Aufenthaltsorts" den Träger, der nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, die für diesen Träger gelten, für die Gewährung ärztlicher Betreuung an dem Ort zuständig ist, an dem die in Betracht kommende Person sich vorübergehend aufhält;

(h) the term "institution of the place of temporary residence" means the institution empowered to provide medical care at the place where the person concerned is temporarily resident, according to the legislation of the Contracting Party which this institution applies;

h) les termes «institution du lieu de séjour» désignent l'institution habilitée à accorder les soins médicaux au lieu où l'intéressé séjourne, selon la législation de la Partie Contractante que cette institution applique;

i) umfaßt der Ausdruck „ärztliche Betreuung" die bei Krankheit, Unfall oder Mutterschaft erforderliche ärztliche Betreuung;

(i) the term "medical care" covers medical care required in cases of accident, illness or pregnancy;

i) les termes «soins médicaux» couvrent les soins médicaux requis en cas de maladie, d'accident ou de maternité;

j) bedeutet der Ausdruck „absolut dringliche Fälle" die Fälle, in denen die Gewährung ärztlicher Betreuung oder

(j) the term "cases of absolute urgency" means cases where the provision of medical care or allied

j) les termes «cas d'urgence absolue» désignent les cas dans lesquels l'octroi des soins médicaux ou des

damit verbundener Leistungen nicht ohne Gefahr für Leben oder Gesundheit der betreffenden Person aufgeschoben werden kann.

benefits cannot be deferred without endangering the life or health of the person concerned.

prestations connexes ne peut être différé sans mettre en danger la vie ou la santé de l'intéressé.

Artikel 2

(1) Dieses Übereinkommen gilt für alle Personen, für die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei Anspruch auf ärztliche Betreuung besteht oder für die nach diesen Rechtsvorschriften Anspruch auf ärztliche Betreuung bestünde, wenn sie sich im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei befänden.

(2) Bestehen jedoch nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei mehrere Systeme für die Gewährung ärztlicher Betreuung, so kann diese Vertragspartei in Anhang I diejenigen nach ihren Rechtsvorschriften bestehenden Systeme für die Gewährung ärztlicher Betreuung bezeichnen, für die dieses Übereinkommen in ihren Beziehungen mit jeder anderen Vertragspartei gilt, mit der sie die Anwendung von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b oder Buchstabe c vereinbart hat.

(3) Jede in Betracht kommende Vertragspartei notifiziert nach Artikel 18 Absatz 1 jede an Anhang I vorzunehmende Änderung.

Article 2

1. The provisions of this Agreement shall be applicable to all persons who can claim medical care under the legislation of a Contracting Party or who would be able to claim such care under that legislation if they were in the territory of that Party.

2. However, if the legislation of a Contracting Party embraces several medical care systems, that Party may specify in Annex I the medical care systems covered by its legislation and to which this Agreement is applicable, in its relations with any other Contracting Party with whom it has agreed to apply the provisions of Article 6, paragraph 1, subparagraphs (b) or (c).

3. Each Contracting Party concerned shall, in accordance with the provisions of Article 18, paragraph 1, notify any amendment to Annex I.

Article 2

1. Sont admises à bénéficier des dispositions du présent Accord toutes les personnes qui peuvent faire valoir un droit aux soins médicaux en vertu de la législation d'une Partie Contractante ou qui pourraient faire valoir un droit aux soins médicaux en vertu de la législation de cette Partie, si elles se trouvaient sur son territoire.

2. Toutefois, si la législation d'une Partie Contractante comporte plusieurs régimes de soins médicaux, cette Partie peut préciser à l'annexe I les régimes de soins médicaux prévus par sa législation et auxquels le présent Accord est applicable, dans ses relations avec toute autre Partie Contractante avec laquelle elle est convenue d'appliquer les dispositions de l'alinéa b) ou de l'alinéa c) du paragraphe 1 de l'article 6.

3. Chaque Partie Contractante intéressée notifiera, conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'article 18, tout amendement à apporter à l'annexe I.

Artikel 3

(1) In den Beziehungen zwischen Vertragsparteien tritt dieses Übereinkommen an die Stelle der entsprechenden Bestimmungen jeder anderen zwei- oder mehrseitigen Übereinkunft über Soziale Sicherheit, sofern diese Bestimmungen im Einvernehmen der betreffenden Vertragsparteien in Anhang II aufgeführt sind.

(2) Die betreffenden Vertragsparteien notifizieren einvernehmlich, soweit es sie betrifft, nach Artikel 18 Absatz 1 jede an Anhang II vorzunehmende Änderung.

Article 3

1. In the relations between Contracting Parties, this Agreement replaces the corresponding provisions of any social security convention, provided that such provisions, by mutual agreement between the Contracting Parties concerned, are mentioned in Annex II.

2. The Contracting Parties concerned, by mutual agreement, shall give notice, in respect of themselves, in accordance with the provisions of Article 18, paragraph 1, of any amendment to be made to Annex II.

Article 3

1. Le présent Accord se substitue aux dispositions correspondantes de toute convention de sécurité sociale, dans les relations entre Parties Contractantes, à condition que ces dispositions soient mentionnées à l'annexe II, d'un commun accord entre les Parties Contractantes en cause.

2. Les Parties Contractantes en cause notifieront, d'un commun accord, pour ce qui les concerne, conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'article 18, tout amendement à apporter à l'annexe II.

Artikel 4

(1) Personen, für die dieses Übereinkommen gilt und deren Gesundheitszustand bei einem Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei als des zuständigen Staates nach ärztlicher Beurteilung unverzüglich ärztliche Betreuung erforderlich macht, erhalten die ihrem Gesundheitszustand entsprechende Betreuung, wie wenn sie auf Grund der Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei Anspruch darauf hätten. Diese Betreuung wird vom Träger des Aufenthaltsorts nach den von diesem Träger anzuwendenden Rechtsvorschriften gewährt, als ob die in Betracht kommenden Personen bei ihm versichert wären, bis sie wiederhergestellt sind oder bis ihr Zustand es ihnen nach ärztlicher

Article 4

1. Persons covered by the provisions of this Agreement and whose condition, on medical advice, necessitates immediate medical care during temporary residence in the territory of a Contracting Party other than the competent State shall receive the medical care required by their condition, as if they were entitled to such care under the legislation of that Party. Such care shall be provided by the institution of the place of temporary residence in accordance with the provisions of the legislation applied by that institution, as if the persons concerned were covered by it, until their recovery or until their state of health permits them, on medical advice, to return or be repatriated to the territory of the Contracting Party

Article 4

1. Les personnes admises à bénéficier des dispositions du présent Accord et dont l'état vient à nécessiter immédiatement des soins médicaux, selon l'avis médical, au cours d'un séjour sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent, reçoivent les soins médicaux requis par leur état, comme si elles y avaient droit en vertu de la législation de cette Partie. Ces soins sont accordés par l'institution du lieu de séjour, selon les dispositions de la législation que cette institution applique, comme si les intéressés relevaient de ladite institution, jusqu'à leur guérison ou jusqu'à ce que leur état leur permette, selon l'avis médical, de retourner ou d'être rapatriés sur le territoire de la Partie Contractante

Beurteilung erlaubt, in das Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem sie wohnen, zurückzukehren oder unter den in Absatz 3 genannten Bedingungen zurückgeführt zu werden.

(2) In den Beziehungen zwischen Trägern, die Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b anwenden, hängt die Gewährung von Körperersatzstücken, größeren Hilfsmitteln und anderen Sachleistungen von erheblicher Bedeutung, die von den zuständigen Behörden der in Betracht kommenden Vertragsparteien einvernehmlich näher zu bezeichnen sind, von der Zustimmung des zuständigen Trägers ab. Die Zustimmung ist jedoch nicht erforderlich in absolut dringlichen Fällen.

(3) Ist eine in Absatz 1 bezeichnete Person auf Grund ihres Gesundheitszustands nicht in der Lage, aus eigener Kraft in das Hoheitsgebiet des Staates zurückzukehren, in dem sie ihren Wohnort hat, ist sie aber transportfähig, so trifft der Träger des Aufenthaltsorts unter Beteiligung des zuständigen Trägers die für ihre Rückführung in das Hoheitsgebiet dieses Staates erforderlichen Maßnahmen, sofern hierüber zwischen den Vertragsparteien oder ihren zuständigen Behörden eine Vereinbarung getroffen worden ist.

(4) Bestehen nach den für den Träger des Aufenthaltsorts geltenden Rechtsvorschriften mehrere Systeme für die Gewährung ärztlicher Betreuung, so gelten bei der Gewährung ärztlicher Betreuung auf Grund von Absatz 1 die Rechtsvorschriften des allgemeinen Systems oder, wenn ein solches nicht besteht, die Rechtsvorschriften des Systems, dem die Arbeitnehmer der Industrie unterliegen.

(5) Unbeschadet des Absatzes 1 gilt dieses Übereinkommen nicht für Personen, die sich in das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die nicht zuständiger Staat ist, in der Absicht begeben, um dort ärztliche Betreuung zu erhalten.

Artikel 5

(1) Um ärztliche Betreuung nach Artikel 4 Absatz 1 zu erhalten, muß die betreffende Person nachweisen, daß sie nach den Rechtsvorschriften einer anderen Vertragspartei als derjenigen, in deren Hoheitsgebiet sie sich befindet, Anspruch auf ärztliche Betreuung hat.

(2) Der in Absatz 1 genannte Nachweis wird mittels einer Bescheinigung geführt, die vom zuständigen Träger nach einem zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsparteien vereinbarten Muster ausgestellt wird.

(3) Hat die betreffende Person Anspruch auf ärztliche Betreuung nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei, auf Grund deren alle Staatsangehörigen oder alle Einwohner dieser Vertragspartei einen solchen Anspruch haben, so kann ihr zugestanden werden,

where they reside, in accordance with the provisions of paragraph 3.

2. However, in the relations between institutions which apply the provisions of Article 6, paragraph 1, subparagraph (b), the supply of prosthetic appliances, major aids and other major benefits in kind to be specified by mutual agreement by the competent authorities of the Contracting Parties concerned shall be conditional upon authorisation by the competent institution. However, such authorisation is not required in cases of absolute urgency.

3. If the condition of a person referred to in paragraph 1 does not permit him to return without help to the territory of the State where he resides, but nevertheless does not prevent his being moved, the institution of the place of temporary residence shall make the necessary arrangements for his repatriation to the territory of that State, in co-operation with the competent institution, provided that an agreement has been concluded for this purpose between the Contracting Parties concerned or their competent authorities.

4. Where the legislation applied by the institution of the place of temporary residence provides for several medical care schemes, the rules to be applied in respect of the provision of medical care by virtue of the provisions of paragraph 1 shall be those of the general scheme or, failing that, of the scheme for employed persons in industry.

5. Without prejudice to the provisions of paragraph 1, the provisions of this Agreement are not applicable to persons who go to the territory of a Contracting Party other than the competent State for the purpose of receiving medical care.

Article 5

1. In order to receive the medical care provided for in Article 4, paragraph 1, the person concerned shall submit proof of his entitlement to medical care under the legislation of a Contracting Party other than the one in whose territory he is present.

2. The proof referred to in paragraph 1 is given by means of a certificate delivered by the competent institution on a form agreed by the competent authorities of the Contracting Parties.

3. Where the person concerned is entitled to medical care under the legislation of a Contracting Party which guarantees such entitlement to all nationals or all residents of that Party, the person concerned may be permitted to submit, instead of the certificate referred

ou ils résident, dans les conditions prévues au paragraphe 3 du présent article

2. L'octroi des prothèses, du grand appareillage et d'autres prestations en nature de grande importance, à préciser, d'un commun accord, par les autorités compétentes des Parties Contractantes en cause, est subordonné à l'autorisation de l'institution compétente, dans les relations entre des institutions qui appliquent les dispositions de l'alinéa b) du paragraphe 1 de l'article 6. Toutefois, cette autorisation n'est pas requise en cas d'urgence absolue.

3. Si l'état d'une personne visée au paragraphe 1 du présent article ne lui permet pas de retourner par ses propres moyens sur le territoire de l'Etat où elle réside, mais permet néanmoins son transport, l'institution du lieu de séjour prend les mesures nécessaires pour assurer le rapatriement de cette personne sur le territoire de cet Etat, en liaison avec l'institution compétente, pour autant qu'un accord ait été conclu à cet effet entre les Parties Contractantes intéressées ou entre leurs autorités compétentes.

4. Si la législation appliquée par l'institution du lieu de séjour comporte plusieurs régimes de soins médicaux, les dispositions applicables à l'octroi des soins médicaux en vertu des dispositions du paragraphe 1 du présent article sont celles du régime général ou, à défaut, du régime dont relèvent les travailleurs salariés de l'industrie.

5. Sans préjudice des dispositions du paragraphe 1 du présent article, les dispositions du présent Accord ne sont pas applicables aux personnes qui se rendent sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent en vue de recevoir des soins médicaux.

Article 5

1. Pour bénéficier des soins médicaux en vertu des dispositions du paragraphe 1 de l'article 4, l'intéressé doit fournir la justification de son droit aux soins médicaux en vertu de la législation d'une Partie Contractante autre que celle sur le territoire de laquelle il se trouve.

2. La justification visée au paragraphe précédent du présent article est fournie au moyen d'une attestation délivrée par l'institution compétente, selon un modèle convenu entre les autorités compétentes des Parties Contractantes.

3. Lorsque l'intéressé a droit aux soins médicaux en vertu de la législation d'une Partie Contractante qui garantit un tel droit à tous les ressortissants ou à tous les résidents de cette Partie, l'intéressé peut être admis à produire, au lieu de l'attestation visée au paragraphe précé-

an Stelle der in Absatz 2 genannten Bescheinigung ihren Reisepaß oder einen als gleichwertig anerkannten Personalausweis vorzulegen, wenn die zuständigen Behörden der in Betracht kommenden Vertragsparteien einvernehmlich entsprechend entschieden haben.

(4) In absolut dringlichen Fällen kann die ärztliche Betreuung der betreffenden Person nicht deshalb versagt werden, weil sie nicht in der Lage ist, im gewünschten Zeitpunkt die in Absatz 2 genannte Bescheinigung oder eines der in Absatz 3 genannten Ausweispapiere vorzulegen. In einem solchen Fall wendet der Träger des Aufenthaltsorts sich jedoch an den zuständigen Träger, um festzustellen, ob dieses Übereinkommen für die betreffende Person gilt.

Unbeschadet des Artikels 2 Absatz 1 können die Vertragsparteien, die die Anwendung des Artikels 6 Absatz 1 Buchstabe b oder Buchstabe c vereinbart haben, einvernehmlich die aus der Anwendung des vorstehenden Satzes entstehenden Schwierigkeiten regeln.

(5) Sind Leben oder Gesundheit einer Person, die ärztlicher Betreuung bedarf, ernsthaft bedroht oder handelt es sich um eine solche im Krankenhaus untergebrachte Person unter 18 Jahren, die von ihrer Familie getrennt ist, so ist es wünschenswert, die konsularische Vertretung der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet diese Person wohnt, im Interesse dieser Person davon zu benachrichtigen.

to in paragraph 2, his passport or another identity document recognised as equivalent if the competent authorities of the Contracting Parties concerned have so decided by mutual agreement.

4. In cases of absolute urgency medical care shall not be withheld from the person concerned on the ground that he cannot submit at the appropriate time the certificate referred to in paragraph 2 or one of the documents referred to in paragraph 3. However, in such case, the institution of the place of temporary residence shall ask the competent institution to determine whether the person concerned is entitled to benefit from the provisions of this Agreement.

Notwithstanding the provisions of paragraph 1 of Article 2, the Contracting Parties which have agreed to apply the provisions of subparagraph (b) or subparagraph (c) of paragraph 1 of Article 6 may resolve, through mutual agreement, difficulties arising from the application of the preceding sentence of this paragraph.

5. If the life or health of a person needing medical care are seriously in danger, or the person hospitalised is under 18 and away from his family, it would be desirable, in the interest of the person concerned, that the consular authority of the Contracting Party in whose territory that person is resident should be informed.

dent du présent article, son passeport ou une autre pièce d'identité reconnue comme équivalente, si les autorités compétentes des Parties Contractantes en cause en ont décidé ainsi d'un commun accord.

4. En cas d'urgence absolue, les soins médicaux ne peuvent être refusés à l'intéressé pour la raison qu'il n'est pas en mesure de présenter, au moment voulu, l'attestation visée au paragraphe 2 ou de produire l'un des documents visés au paragraphe précédent du présent article. Toutefois, dans un tel cas, l'institution du lieu de séjour s'adresse à l'institution compétente pour déterminer si l'intéressé est admis à bénéficier des dispositions du présent Accord.

Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 de l'article 2, les Parties Contractantes qui sont convenues d'appliquer les dispositions de l'alinéa b) ou de l'alinéa c) du paragraphe 1 de l'article 6 pourront régler d'un commun accord les difficultés résultant de l'application de la phrase précédente du présent paragraphe.

5. Si la vie ou la santé d'une personne dont l'état requiert des soins médicaux est gravement menacée, ou s'il s'agit d'une personne hospitalisée de moins de dix-huit ans et séparée de sa famille, il est souhaitable, dans l'intérêt de la personne concernée, d'aviser l'autorité consulaire de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle cette personne réside.

Artikel 6

(1) Die dem Träger des Aufenthaltsorts auf Grund von Artikel 4 entstandenen Kosten der ärztlichen Betreuung

a) werden vom zuständigen Träger nicht erstattet,

b) werden vom zuständigen Träger gegen Nachweis der tatsächlichen Aufwendungen in voller Höhe erstattet, mit Ausnahme der Verwaltungskosten,

c) werden vom zuständigen Träger nach besonderen Vereinbarungen erstattet,

je nachdem ob die betreffenden Vertragsparteien die Anwendung des Buchstaben a, b oder c dieses Absatzes vereinbart haben.

(2) In den Beziehungen zwischen Vertragsparteien, die die Anwendung von Absatz 1 Buchstabe b vereinbart haben, erstattet der zuständige Träger die dem Träger des Aufenthaltsorts auf Grund von Artikel 4 entstandenen Kosten der ärztlichen Betreuung in Höhe des tatsächlichen Betrages, der sich aus der Rech-

Article 6

1. The costs of medical care borne by the institution of the place of temporary residence by virtue of the provisions of Article 4:

(a) shall not give rise to any refunds by the competent institution;

(b) shall be refunded in full by the competent institution on the presentation of proof of the actual expenditure, excluding administrative costs;

(c) shall be refunded by the competent institution, in accordance with special arrangements;

depending on whether the Contracting Parties concerned have agreed to apply the provisions of subparagraph (a) or subparagraph (b) or subparagraph (c) of this paragraph.

2. In the relations between Contracting Parties which have agreed to apply the provisions of paragraph 1, subparagraph (b), the competent institution shall refund the actual amount of the costs of medical care borne by the institution of the place of temporary residence, by virtue of the provisions of Article 4, as shown in the

Article 6

1. Les frais de soins médicaux supportés par l'institution du lieu de séjour, en vertu des dispositions de l'article 4:

a) ne donnent lieu à aucun remboursement de la part de l'institution compétente,

b) donnent lieu à remboursement intégral de la part de l'institution compétente, sur justification des dépenses effectives, à l'exclusion des frais administratifs,

c) donnent lieu à remboursement de la part de l'institution compétente, conformément à des arrangements particuliers,

selon que les Parties Contractantes en cause sont convenues d'appliquer les dispositions des alinéas a), b) ou c) du présent paragraphe.

2. Dans les relations entre des Parties Contractantes qui sont convenues d'appliquer les dispositions de l'alinéa b) du paragraphe précédent du présent article, l'institution compétente rembourse le montant effectif des frais de soins médicaux supportés par l'institution du lieu de séjour, en vertu des dispositions de l'arti-

nungsführung dieses Trägers ergibt. Der Betrag der zu erstattenden Kosten darf nicht höher sein als die tatsächlichen Aufwendungen, die bei gleicher ärztlicher Betreuung von Anspruchsberechtigten, für die der Träger des Aufenthaltsorts üblicherweise zuständig ist, entstanden wären.

(3) In den Beziehungen zwischen Vertragsparteien, die die Anwendung von Absatz 1 Buchstabe c vereinbart haben, erstattet der zuständige Träger die dem Träger des Aufenthaltsorts auf Grund von Artikel 4 entstandenen Kosten der ärztlichen Betreuung nach den von diesen Vertragsparteien getroffenen besonderen Vereinbarungen, zum Beispiel unter Zugrundelegung von Pauschalbeträgen, die von den zuständigen Behörden der genannten Vertragsparteien einvernehmlich anhand aller geeigneten Bezugsgrößen, die den verfügbaren Angaben entnommen worden sind, festgestellt werden.

accounts of that institution. The amount of the costs to be refunded may not exceed the actual amount for identical medical care that would have been provided to beneficiaries normally covered by the institution of the place of temporary residence.

3. In the relations between Contracting Parties which have agreed to apply the provisions of paragraph 1, subparagraph (c), the competent institution shall refund the amount of the costs of medical care borne by the institution of the place of temporary residence, by virtue of the provisions of Article 4, in accordance with the specific arrangements reached between these Parties, notably on the basis of lump-sum payments determined by mutual agreement between the competent authorities of the Contracting Parties concerned, from all the appropriate references drawn from the data available.

cle 4, tel que ce montant résulte de la comptabilité de cette dernière institution. Le montant des frais à rembourser ne peut excéder le montant effectif des frais afférents à des soins médicaux identiques qui auraient été accordés à des bénéficiaires relevant normalement de l'institution du lieu de séjour.

3. Dans les relations entre des Parties Contractantes qui sont convenues d'appliquer les dispositions de l'alinéa c) du paragraphe 1 du présent article, l'institution compétente rembourse le montant des frais de soins médicaux supportés par l'institution du lieu de séjour en vertu des dispositions de l'article 4, conformément aux arrangements particuliers conclus entre ces Parties, notamment sur la base de forfaits établis d'un commun accord entre les autorités compétentes desdites Parties, à partir de toutes les références appropriées, tirées des données disponibles.

Artikel 7

(1) Hat der Träger einer Vertragspartei nach diesem Übereinkommen Zahlungen zur Erstattung von Kosten vorzunehmen, die dem Träger einer anderen Vertragspartei zu Lasten des ersten Trägers entstanden sind, so werden die geschuldeten Beträge in der Landeswährung der zweiten Vertragspartei angegeben. Der erste Träger nimmt die Zahlungen mit befreiender Wirkung in der genannten Landeswährung vor, sofern die betreffenden Vertragsparteien nichts anderes vereinbart haben.

(2) Geldüberweisungen auf Grund dieses Übereinkommens werden, soweit erforderlich, nach Maßgabe der Vereinbarungen vorgenommen, die im Zeitpunkt der Überweisungen auf diesem Gebiet zwischen den betreffenden Vertragsparteien gelten. In Ermangelung solcher Vereinbarungen schließen diese Vertragsparteien die entsprechenden Vereinbarungen.

Article 7

1. Where, under this Agreement, the institution of one Contracting Party is liable to pay sums in refund of costs borne by the institution of another Contracting Party, its liability shall be expressed in currency of the second Party. The first institution may validly discharge its liability in that currency, unless the Contracting Parties concerned have agreed on other arrangements.

2. Transfers of funds which result from the application of this Agreement shall be effected, if such exist, in accordance with the relevant agreements in force between the Contracting Parties concerned at the date of transfer. Where no such arrangements exist, specific agreements should be concluded between the Parties concerned.

Article 7

1. Lorsque, en vertu du présent Accord, l'institution d'une Partie Contractante est débitrice de sommes destinées au remboursement de frais supportés par l'institution d'une autre Partie Contractante, la dette est exprimée dans la monnaie de la seconde Partie. La première institution s'en libère valablement dans ladite monnaie, à moins que les Parties Contractantes en cause ne soient convenues d'autres modalités.

2. Les transferts de sommes qui résultent de l'application du présent Accord sont effectués, en tant que de besoin, conformément aux accords en vigueur en cette matière, au moment du transfert, entre les Parties Contractantes en cause. A défaut, des accords spécifiques devront être conclus entre les Parties intéressées.

Artikel 8

(1) Die zuständigen Behörden unterrichten einander:

a) über alle für die Anwendung dieses Übereinkommens nützlichen Mitteilungen,

b) über alle zur Anwendung dieses Übereinkommens getroffenen Maßnahmen,

c) über alle die Anwendung dieses Übereinkommens berührenden Änderungen ihrer Rechtsvorschriften.

(2) Bei Anwendung dieses Übereinkommens unterstützen die Behörden und Träger der Vertragsparteien einander, als handelte es sich um die Anwendung ihrer

Article 8

1. The competent authorities of the Contracting Parties shall communicate to each other:

(a) all information of use in the application of this Agreement;

(b) all information regarding measures taken by them for the application of this Agreement;

(c) all information regarding changes made in their legislation which may affect the application of this Agreement.

2. For the purpose of applying this Agreement the authorities and institutions of the Contracting Parties shall assist one another as if it were a matter of

Article 8

1. Les autorités compétentes des Parties Contractantes se communiquent:

a) toutes informations utiles à l'application du présent Accord;

b) toutes informations concernant les mesures prises pour l'application du présent Accord;

c) toutes informations concernant les modifications de leur législation susceptibles d'affecter l'application du présent Accord.

2. Pour l'application du présent Accord, les autorités et institutions des Parties Contractantes se prêtent leurs bons offices, comme s'ils s'agissait de l'applica-

eigenen Rechtsvorschriften. Die gegenseitige Amtshilfe dieser Behörden und Träger ist grundsätzlich kostenfrei. Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können jedoch die Erstattung bestimmter Kosten vereinbaren.

(3) Bei Anwendung dieses Übereinkommens können die Behörden und Träger der Vertragsparteien miteinander unmittelbar in Verbindung treten.

(4) Außerdem können die Behörden und Träger der Vertragsparteien im Interesse der Personen, für die dieses Übereinkommen gilt, mit den in Betracht kommenden Personen oder deren Beauftragten unmittelbar verkehren.

(5) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien treffen alle Maßnahmen, die nötig sind, die Regelung bestimmter Einzelfälle oder Gruppen von Fällen im Interesse der Personen, für die dieses Übereinkommen gilt, zu erleichtern.

applying their own legislation. In principle the administrative assistance furnished by the said authorities and institutions to one another shall be free of charge. However, the competent authorities of the Contracting Parties may agree to reimburse certain expenses.

3. The authorities and institutions of the Contracting Parties may, for the purpose of applying this Agreement, communicate directly.

4. The authorities and institutions of the Contracting Parties may also communicate directly with the persons concerned or their representatives, in the interests of the persons entitled to benefit from the provisions of this Agreement.

5. The competent authorities of the Contracting Parties shall make whatever arrangements may be necessary to facilitate settlement of certain particular cases concerning individuals or groups, in the interests of the persons covered by the provisions of this Agreement.

tion de leur propre législation. L'entraide administrative de ces autorités et institutions est en principe gratuite. Toutefois, les autorités compétentes des Parties Contractantes peuvent convenir du remboursement de certains frais.

3. Pour l'application du présent Accord, les autorités et institutions des Parties Contractantes peuvent communiquer directement entre elles.

4. Les autorités et institutions des Parties Contractantes peuvent aussi communiquer directement avec les intéressés ou leurs mandataires, dans l'intérêt des personnes admises à bénéficier des dispositions du présent Accord.

5. Les autorités compétentes des Parties Contractantes prennent toutes mesures qui peuvent se révéler nécessaires pour faciliter la solution de certains cas particuliers, individuels ou collectifs, dans l'intérêt des personnes admises à bénéficier des dispositions du présent Accord.

Artikel 9

(1) Jede in den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern, Stempel-, Gerichts- oder Eintragungsgebühren für Schriftstücke oder Unterlagen, die nach diesen Rechtsvorschriften vorzulegen sind, wird auf die entsprechenden Schriftstücke oder Unterlagen erstreckt, die nach den Rechtsvorschriften einer anderen Vertragspartei oder nach diesem Übereinkommen vorzulegen sind.

(2) Amtliche Urkunden, Unterlagen und Schriftstücke jeder Art, die bei Anwendung dieses Übereinkommens vorzulegen sind, bedürfen keiner Beglaubigung oder irgendeiner entsprechenden Förmlichkeit.

Article 9

1. Any exemption from, or reduction of, taxes, stamp duty, legal dues or registration fees provided for in the legislation of one Contracting Party in connection with certificates or documents required to be produced for the purposes of the legislation of that Party shall be extended to similar certificates and documents required to be produced for the purposes of the legislation of another Contracting Party or of this Agreement.

2. All official instruments, documents or certificates of any kind that are required to be produced for the purposes of this Agreement shall be exempt from authentication or any similar formality.

Article 9

1. Le bénéfice des exemptions ou réductions de taxes, de timbres, de droits de greffe ou d'enregistrement, prévues par la législation d'une Partie Contractante pour les pièces ou documents à produire en application de la législation de cette Partie, est étendu aux pièces ou documents analogues à produire en application de la législation d'une autre Partie Contractante ou du présent Accord.

2. Tous actes, documents ou pièces quelconques de nature officielle à produire aux fins de l'application du présent Accord sont dispensés de légalisation et de toute autre formalité similaire.

Artikel 10

(1) Anträge oder Rechtsbehelfe, die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei innerhalb einer bestimmten Frist bei einem Träger dieser Vertragspartei einzureichen sind, können innerhalb der gleichen Frist bei einem entsprechenden Träger einer anderen Vertragspartei eingereicht werden. In diesem Fall übermittelt der in Anspruch genommene Träger diese Anträge oder Rechtsbehelfe entweder unmittelbar oder durch Einschaltung der zuständigen Behörden der betreffenden Vertragsparteien unverzüglich an den Träger der ersten Vertragspartei, der hierfür zuständig ist. Der Tag, an dem diese Anträge oder Rechtsbehelfe bei einem Träger der zweiten Vertragspartei eingegangen sind, gilt als Tag des Eingangs bei dem Träger, der hierfür zuständig ist.

(2) Anträge, Erklärungen, Rechtsbehelfe und andere Schriftstücke, die bei

Article 10

1. Any claim or appeal that, under the legislation of a Contracting Party, should have been submitted within a specified time to an institution of that Party shall be admissible if it is submitted within the same period to a corresponding institution of another Contracting Party. In such event the institution receiving the claim or appeal shall forward it without delay to the institution of the first Party competent to deal with it either directly or through the intermediary of the competent authorities of the Contracting Parties concerned. The date on which any claim or appeal was submitted to an institution of the second Party shall be deemed to be the date of its submission to the institution competent to deal with it.

2. The claims, declarations, appeals and other papers submitted to an auth-

Article 10

1. Les demandes ou recours qui auraient dû être introduits, selon la législation d'une Partie Contractante, dans un délai déterminé, auprès d'une institution de cette Partie, sont recevables s'ils sont introduits dans le même délai auprès d'une institution correspondante d'une autre Partie Contractante. En ce cas, l'institution ainsi saisie transmet sans délai ces demandes ou recours à l'institution de la première Partie qui est compétente pour en connaître, soit directement, soit par l'intermédiaire des autorités compétentes des Parties Contractantes en cause. La date à laquelle ces demandes ou recours ont été introduits auprès d'une institution de la seconde Partie est considérée comme la date d'introduction auprès de l'institution compétente pour en connaître.

2. Les demandes, déclarations, recours et autres pièces qui sont présentés, aux

Anwendung des Übereinkommens einer Behörde, einer Verbindungsstelle, einem Träger oder einer sonstigen Einrichtung einer Vertragspartei vorgelegt werden, können nicht deshalb zurückgewiesen werden, weil sie in einer Amtssprache einer anderen Vertragspartei abgefaßt sind.

ority or to an institution of a Contracting Party with a view to application of this Agreement shall not be rejected on the ground that they are drafted in an official language of another Contracting Party

fins de l'application du présent Accord, auprès d'une autorité ou d'une institution d'une Partie Contractante ne peuvent être rejetés pour le motif qu'ils sont rédigés dans une langue officielle d'une autre Partie Contractante.

Artikel 11

Streitigkeiten zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens sind durch unmittelbare Verhandlungen zwischen den zuständigen Behörden der beteiligten Vertragsparteien beizulegen. Handelt es sich um eine Frage, die alle Vertragsparteien angeht, so kann der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes die Streitigkeit auf Antrag dieser Behörden und nach Anhörung der zuständigen Behörden der übrigen Vertragsparteien einer Versammlung der Vertreter der zuständigen Behörden aller Vertragsparteien unterbreiten, die dazu eine Stellungnahme abgibt.

Article 11

Any dispute arising between two or more Contracting Parties in connection with the interpretation or application of this Agreement shall be settled by direct negotiation between the competent authorities of the Contracting Parties concerned. If there is a question which affects all the Contracting Parties, the Director-General of the International Labour Office may submit the dispute, at the request of these authorities and after consultation with the competent authorities of the other Contracting Parties, to a meeting of representatives of the competent authorities of all the Contracting Parties, which will give an opinion on the question.

Article 11

Tout différend venant à s'élever entre deux ou plusieurs Parties Contractantes concernant l'interprétation ou l'application du présent Accord sera résolu par voie de négociation directe entre les autorités compétentes des Parties Contractantes intéressées. S'il s'agit d'une question intéressant l'ensemble des Parties Contractantes, le Directeur général du Bureau international du Travail pourra soumettre le différend, à la demande de ces autorités et après consultation des autorités compétentes des autres Parties Contractantes, à une réunion des représentants des autorités compétentes de l'ensemble des Parties Contractantes qui formulera un avis sur cette question.

Artikel 12

Die in Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 3 Absatz 1 bezeichneten Anhänge sowie die Änderungen an diesen Anhängen sind Bestandteil dieses Übereinkommens.

Article 12

The annexes referred to in Article 2, paragraph 2, and Article 3, paragraph 1, and any subsequent amendments made to these annexes, shall be an integral part of this Agreement.

Article 12

Les annexes visées au paragraphe 2 de l'article 2 et au paragraphe 1 de l'article 3, ainsi que les amendements qui seront apportés à ces annexes, font partie intégrante du présent Accord.

Artikel 13

(1) Dieses Übereinkommen liegt für alle europäischen Staaten beim Internationalen Arbeitsamt zur Unterzeichnung auf.

(2) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes hinterlegt.

(3) Dieses Übereinkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die zweite Ratifikationsurkunde hinterlegt worden ist.

(4) Für jeden Unterzeichnerstaat, der dieses Übereinkommen später ratifiziert, tritt das Übereinkommen am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem seine Ratifikationsurkunde hinterlegt worden ist.

Article 13

1. This Agreement shall be open for signature by any European State at the International Labour Office.

2. This Agreement shall be subject to ratification. The instruments of ratification shall be deposited with the Director-General of the International Labour Office.

3. This Agreement shall come into force on the first day of the second month following that in which the second instrument of ratification is deposited.

4. In the case of any State that subsequently ratifies the Agreement, this Agreement shall come into force on the first day of the second month following that in which its instrument of ratification is deposited.

Article 13

1. Le présent Accord est ouvert à la signature de tout Etat européen, au Bureau international du Travail.

2. Le présent Accord sera soumis à ratification. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Directeur général du Bureau international du Travail.

3. Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant celui au cours duquel sera intervenu le dépôt du deuxième instrument de ratification.

4. Pour tout Etat qui le ratifiera ultérieurement, la présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant celui au cours duquel sera intervenu le dépôt de son instrument de ratification.

Artikel 14

(1) Nach Ablauf von zwei Jahren nach dem erstmaligen Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann jedes nichteuropäische Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation dem Übereinkommen beitreten.

(2) Jede Vertragspartei dieses Übereinkommens kann jedoch innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde nach

Article 14

1. After the expiry of a period of two years from the date on which this Agreement first comes into force, any non-European Member of the International Labour Organisation may accede to said Agreement.

2. However, the Contracting Parties to this Agreement shall be allowed a period of six months from the date on which the instrument of ratification of any acceding

Article 14

1. Après l'expiration d'une période de deux années à partir de la date d'entrée en vigueur initiale du présent Accord, tout Membre non européen de l'Organisation internationale du Travail pourra adhérer à cet Accord.

2. Toutefois, chaque Partie Contractante au présent Accord disposera d'un délai de six mois à compter du dépôt de l'instrument de ratification de tout Etat

Absatz 5 durch jeden beitretenden Staat ihren Widerspruch gegen einen solchen Beitritt nach Artikel 18 Absatz 1 notifizieren.

(3) Desgleichen kann jeder europäische Staat, der dieses Übereinkommen nach Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist von zwei Jahren ratifiziert, bei der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde sein Widerspruchsrecht gegenüber jeder vor der Hinterlegung beigetretenen Vertragspartei geltend machen, indem er den Widerspruch nach Artikel 18 Absatz 1 notifiziert.

(4) Die beitretenden Staaten werden lediglich Vertragsparteien derjenigen Vertragsparteien, die ihrem Beitritt nicht widersprochen haben.

(5) Die Ratifikationsurkunden der beitretenden Staaten werden beim Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes hinterlegt.

State is deposited, in accordance with paragraph 5, for notifying their objection to such accession, in accordance with the provisions of Article 18, paragraph 1.

3. Likewise, any European State ratifying this Agreement after the expiry of the two-year period provided for in paragraph 1 of this Article may, at the time when such instruments of ratification are deposited, avail itself of the same right of objection against any Contracting Party which has acceded prior to the date of such deposit, by notifying it in accordance with the provisions of Article 18, paragraph 1.

4. The acceding States shall become Contracting Parties only in relation to those Contracting Parties which have not lodged any opposition to their accession.

5. The instruments of ratification of the adhering States shall be deposited with the Director-General of the International Labour Office.

adhérent, conformément aux dispositions du paragraphe 5 du présent article, pour notifier son opposition à une telle adhésion, conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'article 18.

3. De même tout Etat européen qui ratifiera le présent Accord après l'expiration du délai de deux ans prévu au paragraphe 1 du présent article pourra, au moment du dépôt de son instrument de ratification, se prévaloir de la même faculté d'opposition à l'égard de toute Partie Contractante y ayant adhéré avant la date de ce dépôt, en la notifiant conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'article 18.

4. Les Etats adhérents deviendront Parties Contractantes au regard des seules Parties Contractantes qui n'auront pas formulé d'opposition à leur adhésion.

5. Les instruments de ratification des Etats adhérents seront déposés auprès du Directeur général du Bureau international du Travail.

Artikel 15

(1) In den Beziehungen zwischen einem beitretenden Staat und einer Vertragspartei, die dem Beitritt dieses Staates nicht widersprochen hat, tritt dieses Übereinkommen am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die dieser Vertragspartei nach Artikel 14 Absatz 2 eingeräumte Frist für einen Widerspruch gegen den Beitritt dieses Staates abgelaufen ist.

(2) Die Vertragsparteien notifizieren nach Artikel 18 Absatz 1, ob sie die Anwendung von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a, Buchstabe b oder Buchstabe c in ihren jeweiligen Beziehungen zueinander vereinbart haben.

(3) Haben zwei oder mehr Vertragsparteien, wenn dieses Übereinkommen für sie in Kraft tritt, noch keine Vereinbarung über die Anwendung der in Absatz 2 genannten Bestimmungen sowie gegebenenfalls noch keine Vereinbarung nach Artikel 7 Absatz 2 treffen können, so wird dieses Übereinkommen zwischen diesen Vertragsparteien erst zu dem Zeitpunkt wirksam, wo derartige Vereinbarungen in ihren Beziehungen zueinander anwendbar werden oder, wenn es sich um einen in Artikel 14 Absatz 3 bezeichneten europäischen Staat handelt, am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats, in dem seine Ratifikationsurkunde hinterlegt worden ist.

(4) In den Fällen des Absatzes 3 notifizieren die betreffenden Vertragsparteien nach Artikel 18 Absatz 1 den Zeitpunkt,

Article 15

1. In the relations between an acceding State and a Contracting Party which has not expressed objection to the accession of that State, this Agreement shall come into force on the first day of the second month following that in which expires the six-month period available to that Party, by virtue of Article 14, paragraph 2, to lodge an objection or, with regard to a European State to which Article 14, paragraph 3 applies, on the first day of the second month following that in which its instrument of ratification is deposited.

2. The Contracting Parties shall give notice, in accordance with the provisions of Article 18, paragraph 1, which of the provisions of subparagraph (a), of subparagraph (b) or of subparagraph (c) of paragraph 1 of Article 6, they have agreed to apply in their relations with one another.

3. If two or more Contracting Parties have not, when this Agreement comes into force in relation to them, concluded an arrangement on the application of the provisions referred to in the preceding paragraph and, as the case may be, an agreement of the type referred to in paragraph 2 of Article 7, the Agreement shall not take effect between those Parties until such arrangements become applicable in their relations with one another.

4. In the cases referred to in the preceding paragraph of this Article, the Contracting Parties concerned shall give

Article 15

1. Dans les relations entre un Etat adhérent et une Partie Contractante qui n'a pas formulé d'opposition à l'adhésion de cet Etat, le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant celui au cours duquel aura expiré le délai de six mois ouvert à cette Partie, en vertu du paragraphe 2 de l'article 14, pour formuler une opposition ou, à l'égard d'un Etat européen visé au paragraphe 3 de l'article 14, le premier jour du deuxième mois suivant celui au cours duquel sera intervenu le dépôt de son instrument de ratification.

2. Les Parties Contractantes notifieront, conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'article 18, les dispositions des alinéas a), b) ou c) du paragraphe 1 de l'article 6 qu'elles sont convenues d'appliquer dans leurs relations mutuelles.

3. Si deux ou plusieurs Parties Contractantes ne sont pas parvenues à un accord relatif à l'application des dispositions visées au paragraphe précédent du présent article et, le cas échéant, à un accord visé au paragraphe 2 de l'article 7, lors de l'entrée en vigueur du présent Accord à leur égard, cet Accord ne prendra effet entre ces Parties qu'au moment où de tels accords deviendront applicables dans leurs relations mutuelles.

4 Dans les cas visés au paragraphe précédent du présent article, les Parties Contractantes en cause notifieront,

zu dem dieses Übereinkommen zwischen ihnen wirksam wird.

Artikel 16

(1) Dieses Übereinkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft.

(2) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen jedoch nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem erstmaligen Inkrafttreten durch Notifikation nach Artikel 18 Absatz 1 kündigen. Die Kündigung wird sechs Monate nach ihrer Eintragung durch den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes wirksam.

Artikel 17

(1) Nach Ablauf von fünf Jahren nach dem erstmaligen Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann jede Vertragspartei vom Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes die Einberufung einer Tagung verlangen, um eine etwaige Revision des Übereinkommens zu prüfen.

(2) Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes unterrichtet nach Eingang eines entsprechenden Verlangens die anderen Vertragsparteien hiervon und kann nach Anhörung der zuständigen Behörden der Vertragsparteien eine Tagung der Vertreter der Vertragsparteien und der Unterzeichnerstaaten einberufen.

Artikel 18

(1) Die Notifikationen nach Artikel 2 Absatz 3, Artikel 3 Absatz 4, Artikel 14 Absatz 2 und Absatz 3, Artikel 15 Absatz 2 und Absatz 4, sowie nach Artikel 16 Absatz 2 sind an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zu richten.

(2) Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes macht den Vertragsparteien sowie den Unterzeichnerstaaten Mitteilung über

a) die Hinterlegung jeder Ratifikationsurkunde,

b) die Zeitpunkte des Inkrafttretens und Wirksamwerdens dieses Übereinkommens nach Artikel 15,

c) jede nach Absatz 1 dieses Artikels eingegangene Notifikation.

Artikel 19

(1) Sobald dieses Übereinkommen in Kraft getreten ist, übermittelt der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eine beglaubigte Abschrift zwecks Eintragung.

notice, in accordance with the provisions of Article 18, paragraph 1, of the date on which this Agreement will take effect between them.

Article 16

1. This Agreement shall remain in force indefinitely.

2. However, any Contracting Party may denounce this Agreement after the expiry of a period of five years from the date on which the said Agreement first comes into force by giving notice in accordance with the provisions of Article 18, paragraph 1. Such denunciation shall not take effect until six months after it has been registered by the Director-General of the International Labour Office.

Article 17

1. After the expiry of a period of five years from the date on which this Agreement first comes into force, any Contracting Party may request the Director-General of the International Labour Office to convene a meeting to consider its possible revision.

2. On receipt of a request to this effect, the Director-General of the International Labour Office shall inform the other Contracting Parties thereof and, after consultation with the competent authorities of the Contracting Parties, may convene a meeting of representatives of the Contracting Parties and the signatory States.

Article 18

1. The notifications referred to in Article 2, paragraph 3, Article 3, paragraph 2, Article 14, paragraphs 2 and 3, Article 15, paragraphs 2 and 4, and Article 16, paragraph 2, shall be addressed to the Director-General of the International Labour Office.

2. The Director-General of the International Labour Office shall notify the Contracting Parties and the signatory States of –

(a) the deposit of any instrument of ratification;

(b) the dates of coming into force and of taking effect of this Agreement in accordance with the provisions of Article 15; and

(c) any notification received in pursuance of the provisions of paragraph 1 of this Article.

Article 19

1. As soon as this Agreement first comes into force, a certified copy shall be provided by the Director-General of the International Labour Office to the Secretary-General of the United Nations for registration in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'article 18, la date à laquelle le présent Accord prendra effet entre elles.

Article 16

1. Le présent Accord demeurera en vigueur sans limitation de durée.

2. Toutefois, toute Partie Contractante pourra dénoncer le présent Accord après l'expiration d'une période de cinq années à partir de la date d'entrée en vigueur initiale de cet Accord, en le notifiant conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'article 18. La dénonciation ne prendra effet que six mois après avoir été enregistrée par le Directeur général du Bureau international du Travail.

Article 17

1. Après l'expiration d'une période de cinq années à partir de la date d'entrée en vigueur initiale du présent Accord, toute Partie Contractante pourra demander au Directeur général du Bureau international du Travail de convoquer une réunion afin d'examiner sa révision éventuelle.

2. Dès réception d'une demande à cet effet, le Directeur général du Bureau international du Travail en informera les autres Parties Contractantes et, après consultation des autorités compétentes des Parties Contractantes, pourra convoquer une réunion des représentants des Parties Contractantes et des Etats signataires.

Article 18

1. Les notifications visées au paragraphe 3 de l'article 2, au paragraphe 2 de l'article 3, aux paragraphes 2 et 3 de l'article 14, aux paragraphes 2 et 4 de l'article 15 et au paragraphe 2 de l'article 16 seront adressées au Directeur général du Bureau international du Travail.

2. Le Directeur général du Bureau international du Travail communiquera aux Parties Contractantes et aux Etats signataires:

a) le dépôt de tout instrument de ratification;

b) les dates d'entrée en vigueur et d'effet du présent Accord, conformément aux dispositions de l'article 15;

c) toute notification reçue en application des dispositions du paragraphe précédent du présent article.

Article 19

1. Dès l'entrée en vigueur initiale du présent Accord, une copie certifiée conforme en sera communiquée au Secrétaire général des Nations Unies par le Directeur général du Bureau international du Travail aux fins d'enregistrement, conformément aux dispositions de l'article 102 de la Charte des Nations Unies.

(2) Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes teilt nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung jede Ratifikation und jede Kündigung mit, die ihm notifiziert worden ist.

2. In accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations, the Director-General of the International Labour Office shall communicate to the Secretary-General of the United Nations, for registration, any ratification and any denunciation of which he has been notified.

2. Conformément aux dispositions de l'article 102 de la Charte des Nations Unies, le Directeur général du Bureau international du Travail communiquera au Secrétaire général des Nations Unies, aux fins d'enregistrement, toute ratification et toute dénonciation dont il aura reçu notification.

Artikel 20

(1) Zwei oder mehr Vertragsparteien können, soweit erforderlich, zwei- oder mehrseitige Übereinkünfte zur Anwendung dieses Übereinkommens treffen.

(2) Das Internationale Arbeitsamt arbeitet eine Mustervereinbarung aus, um den Abschluß der in Absatz 1 genannten Übereinkünfte zu erleichtern.

Article 20

1. Two or more Contracting Parties may conclude bilateral or multilateral arrangements for the application of this Agreement.

2. The International Labour Office shall prepare a model arrangement to help in concluding the administrative arrangements referred to in the preceding paragraph.

Article 20

1. Deux ou plusieurs Parties Contractantes pourront conclure, en tant que de besoin, des arrangements bilatéraux ou multilatéraux pour l'application du présent Accord.

2. Le Bureau international du Travail préparera un arrangement modèle pour faciliter la conclusion des arrangements visés au paragraphe précédent du présent article.

Artikel 21

Je eine Urschrift des deutschen, englischen, französischen, russischen und spanischen Wortlauts dieses Übereinkommens wird im Archiv des Internationalen Arbeitsamtes hinterlegt. Der englische und französische Wortlaut sind gleichermaßen verbindlich.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig bevollmächtigten Unterzeichner dieses Übereinkommen unterschrieben.

Article 21

An original of each of the English, French, German, Russian and Spanish texts of this Agreement shall be deposited in the archives of the International Labour Office. The English and French texts are equally authoritative.

In witness whereof the undersigned, having deposited their respective credentials, have signed this Agreement.

Article 21

Un exemplaire original des textes français, allemand, anglais, espagnol et russe du présent Accord sera déposé aux archives du Bureau international du Travail. Les textes français et anglais feront également foi.

En foi de quoi, les soussignés, ayant déposé leurs pleins pouvoirs respectifs, ont signé le présent Accord.

Geschehen zu Genf am 17. Oktober 1980 in fünf Urschriften in deutscher, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache.

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt der Regierung jedes Unterzeichnerstaates beglaubigte Abschriften des Wortlauts dieses Übereinkommens.

Done at Geneva this seventeenth day of October 1980 in five original copies in English, French, German, Russian and Spanish.

The Director-General of the International Labour Office shall transmit certified copies of the text of this Agreement to the governments of each of the Signatory States.

Fait à Genève, le 17 octobre 1980 en cinq exemplaires originaux, en français, en allemand, en anglais, en espagnol et en russe.

Le Directeur général du Bureau international du Travail communiquera des copies certifiées conformes du texte du présent Accord à chacun des gouvernements des Etats signataires.

Schlußakte der Regierungskonferenz zur Annahme des Europäischen Übereinkommens über die Gewährung ärztlicher Betreuung an Personen bei vorübergehendem Aufenthalt

Final Act of the Governmental Conference for the final adoption of the European Agreement concerning the provision of medical care to persons during temporary residence

Acte final de la Conférence gouvernementale pour l'adoption de l'Accord européen concernant l'octroi des soins médicaux aux personnes en séjour temporaire

1. Die Regierungskonferenz zur Annahme des Europäischen Übereinkommens über die Gewährung ärztlicher Betreuung an Personen bei vorübergehendem Aufenthalt wurde vom Internationalen Arbeitsamt vom 14. bis 17 Oktober 1980 nach Genf einberufen, um das Europäische Übereinkommen über die Gewährung ärztlicher Betreuung an Personen bei vorübergehendem Aufenthalt endgültig anzunehmen, dessen Bestimmungen auf zwei vorbereitenden, gemeinsam mit dem Europarat veranstalteten und in Genf vom 2. bis 6. Oktober 1978 und vom 1. bis 5. Oktober 1979 abgehaltenen Tagungen von Regierungssachverständigen ausgearbeitet und angenommen worden waren.

2. Die Regierungskonferenz tagte vom 14. bis 17. Oktober 1980 in Genf. Die Regierungen folgender Staaten waren vertreten: Belgien, Bjelorussische SSR, Bulgarien, Dänemark, Deutsche Demokratische Republik, Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei, Türkei, UdSSR, Ukrainische SSR, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Zypern. Außerdem nahmen an der Konferenz folgende internationale Organisationen teil: die Kommission der Europäischen Gemeinschaften, die Weltorganisation für Fremdenverkehr, die Zentralkommission für die Rheinschiffahrt und die Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit.

3. Die Regierungskonferenz bestätigte bei der Annahme des Artikels 1 Buchstabe b des Übereinkommens, daß das Übereinkommen sich nicht auf die Sozialhilfe bezieht.

4. Die Regierungskonferenz bestätigte bei der Annahme des Artikels 3 Absatz 1 des Übereinkommens, daß neben den Bestimmungen jeder anderen Übereinkunft über Soziale Sicherheit, die im

1. The Governmental Conference for the adoption of the European Agreement concerning the provision of medical care to persons during temporary residence was convened at Geneva by the International Labour Office (ILO) from 14 to 17 October 1980 for the final adoption of the European Agreement concerning the provision of medical care to persons during temporary residence whose provisions had been discussed and approved by two preparatory meetings of governmental experts organised jointly with the Council of Europe and held in Geneva from 2 to 6 October 1978 and 1 to 5 October 1979.

2. The Governmental Conference met at Geneva from 14 to 17 October 1980. The Governments of the following States were represented: Austria, Belgium, Byelorussian SSR, Bulgaria, Cyprus, Czechoslovakia, Denmark, Finland, France, German Democratic Republic, Federal Republic of Germany, Greece, Hungary, Ireland, Iceland, Italy, Luxembourg, Malta, Netherlands, Norway, Poland, Portugal, Romania, Spain, Sweden, Switzerland, Turkey, Ukrainian SSR, USSR and the United Kingdom. The following international organisations were also represented at the Conference: the Central Commission for Rhine Navigation, Commission of the European Communities, the World Tourism Organisation and the International Social Security Association.

3. In adopting subparagraph (b) of Article 1 of the Agreement, the Governmental Conference confirmed that the Agreement did not apply to social assistance benefits.

4. In adopting paragraph 1 of Article 3 of the Agreement, the Governmental Conference confirmed that it would not be necessary to apply, concurrently with the provisions of any social security

1. La Conférence gouvernementale pour l'adoption de l'Accord européen concernant l'octroi des soins médicaux aux personnes en séjour temporaire a été convoquée à Genève par le Bureau international du Travail (BIT) du 14 au 17 octobre 1980 à l'effet d'adopter définitivement l'Accord européen concernant l'octroi des soins médicaux aux personnes en séjour temporaire, dont les dispositions avaient été élaborées et approuvées par deux réunions préparatoires d'experts gouvernementaux, organisées conjointement avec le Conseil de l'Europe, qui se sont tenues à Genève du 2 au 6 octobre 1978 et du 1er au 5 octobre 1979.

2. La Conférence gouvernementale a siégé à Genève du 14 au 17 octobre 1980. Etaient représentés les gouvernements des Etats désignés ci-après: République fédérale d'Allemagne, Autriche, Belgique, RSS de Biélorussie, Bulgarie, Chypre, Danemark, Espagne, Finlande, France, Grèce, Hongrie, Irlande, Islande, Italie, Luxembourg, Malte, Norvège, Pologne, Pays-Bas, Portugal, République démocratique allemande, Roumanie, Royaume-Uni, Suède, Suisse, Tchécoslovaquie, Turquie, RSS d'Ukraine et URSS. Assistaient en outre à la Conférence les organisations internationales suivantes: Commission centrale pour la navigation du Rhin, Commission des Communautés européennes, Organisation mondiale du tourisme et Association internationale de la sécurité sociale.

3. En adoptant l'alinéa b) de l'article 1 de l'Accord, la Conférence gouvernementale a confirmé que l'Accord ne s'appliquerait pas à l'assistance sociale et médicale.

4. En adoptant le paragraphe 1 de l'article 3 de l'Accord, la Conférence gouvernementale a confirmé qu'il n'y aurait pas lieu d'appliquer, parallèlement aux dispositions de toute convention de sécurité

gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsparteien aufrechterhalten worden ist, eventuell weitergehende Bestimmungen des vorliegenden Übereinkommens keine Anwendung finden. Ist jedoch der persönliche Geltungsbereich des vorliegenden Übereinkommens ausgedehnter als derjenige der aufrechterhaltenen Übereinkünfte über Soziale Sicherheit, so gilt das vorliegende Übereinkommen für die geschützten Personen, die nicht vom persönlichen Geltungsbereich der aufrechterhaltenen Übereinkünfte über Soziale Sicherheit erfaßt sind, jedoch unter den persönlichen Geltungsbereich des vorliegenden Übereinkommens fallen. Ebenso gilt dieses Übereinkommen für Personen, die zum persönlichen Geltungsbereich einer solchen Übereinkunft gehören und nach dieser keinen Anspruch auf ärztliche Betreuung haben.

convention maintained in force by mutual agreement between the Contracting Parties concerned, the provisions of the Agreement which might be more favourable. However, if the personal scope of the Agreement was wider than that of the convention maintained in force, the protected persons who did not come within the scope of that convention but came within that of the Agreement, would benefit from the provisions of this Agreement. Similarly, if persons who came within the personal scope of such a convention could not claim medical care during temporary residence under that convention, they would be able to do so under the Agreement.

sociale maintenues en vigueur d'un commun accord entre les Parties Contractantes en cause, les dispositions éventuellement plus favorables de l'Accord. Toutefois, si le champ d'application personnel de l'Accord est plus étendu que celui de la convention maintenue en vigueur, les personnes protégées qui n'entrent pas dans le champ d'application de cette convention, mais qui entrent dans celui de l'Accord, bénéficient des dispositions de cet Accord. De même, si des personnes qui entrent dans le champ d'application personnel d'une telle convention n'ont pas droit aux soins médicaux au cours d'un séjour temporaire au titre de cette convention, elles sont admises à bénéficier de l'Accord.

Die Regierungskonferenz bestätigte weiterhin, daß der Ausdruck „entsprechende Bestimmungen" sich auf die Bestimmungen über die Gewährung ärztlicher Betreuung an Personen bei vorübergehendem Aufenthalt der aufrechterhaltenen Übereinkünfte über Soziale Sicherheit bezieht.

Furthermore, the Governmental Conference confirmed that the term "corresponding provisions" referred to the provisions concerning the grant of medical care to persons during temporary residence, of the social security convention maintained in force.

En outre, la Conférence gouvernementale a confirmé que les termes «dispositions correspondantes» se réfèrent aux dispositions concernant l'octroi des soins médicaux aux personnes en séjour temporaire de la convention de sécurité sociale maintenue en vigueur.

5. Die Regierungskonferenz bestätigte ferner, daß Artikel 4 Absatz 1 Satz 2 nicht so auszulegen ist, daß die in Betracht kommende Person bei leichten Erkrankungen keine ärztliche Betreuung mehr erhält, wenn sie sich ihrem Wunsche entsprechend während der Dauer der ärztlichen Betreuung weiterhin im Hoheitsgebiet des Aufenthaltsstaates aufhält, obwohl es ihr Zustand nach ärztlicher Beurteilung erlaubt, in das Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem sie wohnt, zurückzukehren.

5. The Governmental Conference also confirmed that the second sentence of Article 4, paragraph 1, should not be interpreted to mean that, in case of minor illness, the persons concerned would cease to receive medical care should they express their desire to remain, during the period of medical care, on the territory of the country of temporary residence even though their state of health, in medical opinion, permits them to return to the territory of the Contracting Party where they reside.

5. La Conférence gouvernementale a également confirmé que la deuxième phrase du paragraphe 1 de l'article 4 ne doit pas être interprétée dans le sens que l'intéressé, en cas de maladie bénigne, ne recevra plus de soins médicaux lorsqu'il manifestera le désir de rester, pendant la durée des soins médiaux, sur le territoire du pays de séjour, même si son état, selon l'avis médical, lui permet de retourner sur le territoire de la Partie Contractante où il réside.

Die Regierungskonferenz bestätigte bei der Annahme des Artikels 4 Absatz 5 des Übereinkommens, daß diese Bestimmung so auszulegen ist, daß das Übereinkommen für eine in Artikel 4 Absatz 5 bezeichnete Person nur insoweit gilt, als die ihrem Gesundheitszustand entsprechende ärztliche Betreuung nicht diejenige Betreuung ist, derentwegen sie sich in das Hoheitsgebiet der betreffenden Vertragspartei begeben hat.

In adopting paragraph 5 of Article 4 of the Agreement, the Governmental Conference confirmed that the provisions of this paragraph should be understood to mean that the Agreement shall only be applicable to persons covered by paragraph 5 of Article 4 in so far as the medical care required by their condition is not that for which they went to the territory of the Contracting Party concerned.

En adoptant le paragraphe 5 de l'article 4 de l'Accord, la Conférence gouvernementale a confirmé que les dispositions de ce paragraphe doivent être interprétées dans le sens que l'Accord sera applicable à une personne visée au paragraphe 5 de l'article 4 exclusivement lorsque les soins médicaux requis par son état ne sont pas ceux pour lesquels elle s'est rendue sur le territoire de la Partie Contractante concernée.

6. Die Regierungskonferenz bestätigte bei der Annahme des Artikels 13 Absatz 2 des Übereinkommens, daß die Staaten durch Ratifikation Vertragsparteien des Übereinkommens werden. Sie stellte fest, daß nach der im Internationalen Arbeitsamt geltenden Hinterlegungspraxis dieses Verfahren die Übermittlung einer Urkunde seitens der hierzu bevollmächtigten Person bedingt, womit der betreffende Staat sein Einverständnis zum Ausdruck bringt, durch das Übereinkommen gebunden zu sein. Dieses Verfahren ermöglicht es, dieses Einverständnis auch in Form einer Annahme oder eines Beitritts zum Ausdruck zu bringen, wenn dies dem innerstaatlichen Verfahren entspricht.

6. In adopting paragraph 2 of Article 13 of the Agreement, the Governmental Conference confirmed that States became Contracting Parties to the Agreement by ratification. It noted that, under the depositary practice of the International Labour Office, this meant the transmission, by a person empowered to do so, of an instrument signifying the consent of the State to be bound by the Agreement but that such consent could also be expressed by means of acceptance or approval where this was the appropriate national procedure.

6. En adoptant le paragraphe 2 de l'article 13 de l'Accord, la Conférence gouvernementale a confirmé que les Etats deviennent Parties Contractantes à l'Accord par ratification. Elle a constaté que, selon la pratique du dépôt en vigueur au Bureau international du Travail, cette procédure impliquait la transmission par une personne dûment qualifiée pour ce faire d'un instrument signifiant qu'un Etat consent à être lié par l'Accord mais aussi qu'un tel consentement puisse être exprimé par une acceptation ou une approbation, si telle est la procédure nationale appropriée.

7. Die Regierungskonferenz bekräftigte den in Artikel 20 Absatz 2 des Übereinkommens enthaltenen Auftrag an das Internationale Arbeitsamt, unter gebührender Berücksichtigung der hierzu geführten Diskussion eine Mustervereinbarung auszuarbeiten, um den Abschluß der in Artikel 20 Absatz 1 des Übereinkommens genannten Übereinkünfte zu erleichtern.

8. Die Regierungskonferenz nahm am 17. Oktober 1980 das Europäische Übereinkommen über die Gewährung ärztlicher Betreuung an Personen bei vorübergehendem Aufenthalt endgültig an, das vom Vorsitzenden und vom Stellvertretenden Vorsitzenden der Konferenz unterzeichnet wurde. Das Übereinkommen, das im Sinne der Beschlüsse der Regierungskonferenz durchzuführen und auszulegen ist, liegt nach seinem Artikel 13 für alle europäischen Staaten zur Unterzeichnung und Ratifikation sowie unter den in seinem Artikel 14 genannten Bedingungen für jedes nichteuropäische Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation zum Beitritt auf.

9. Die Regierungskonferenz erachtete es für zweckmäßig, das Europäische Übereinkommen über die Gewährung ärztlicher Betreuung an Personen bei vorübergehendem Aufenthalt im Amtsblatt des Internationalen Arbeitsamts zu veröffentlichen, ferner die Zeitpunkte des Inkrafttretens und gegebenenfalls des Wirksamwerdens des Übereinkommens.

10. Die Regierungskonferenz nahm Kenntnis von den Bemühungen sowohl im Europäischen Abkommen über Soziale Sicherheit, das im Rahmen des Europarats geschlossen wurde, als auch in den zweiseitigen Abkommen über Soziale Sicherheit, die zwischen den europäischen Mitgliedstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe geschlossen wurden, um die Gewährung ärztlicher Betreuung an Personen bei vorübergehendem Aufenthalt sicherzustellen.

Sie drückte ihre Befriedigung aus, feststellen zu können, daß das am heutigen Tage von ihr angenommene neue Europäische Übereinkommen diese Bemühungen in einer erweiterten Zusammenarbeit zwischen der Gesamtheit der europäischen Staaten im Geiste der Schlußakte der Konferenz über die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zusammenfaßt.

Geschehen zu Genf am 17. Oktober 1980 in fünf Urschriften in deutscher, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache. Die Urschriften werden beim Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes hinterlegt; dieser übermittelt der Regierung jedes europäischen Staates beglaubigte Abschriften

7. The Governmental Conference confirmed the mandate which it had given to the International Labour Office under paragraph 2 of Article 20 of the Agreement for the preparation of a model arrangement to assist in the conclusion of bilateral or multilateral arrangements foreseen in paragraph 1 of the said Article, taking into account the discussion on this subject.

8. On 17 October 1980 the Governmental Conference finally adopted the European Agreement concerning the Provision of Medical Care to Persons during Temporary Residence, which was signed by the President and Vice-President of the Conference. This Agreement, which shall be applied and interpreted in accordance with the records of decisions of the Governmental Conference, is open for signature and ratification by all European States, in accordance with the provisions of Article 13 of the Agreement, and, subject to the conditions specified in Article 14 of the Agreement, for accession by all non-European Members of the International Labour Organisation.

9. The Governmental Conference considered it useful that the European Agreement concerning the Provision of Medical Care to Persons during Temporary Residence should be published in the Official Bulletin of the International Labour Office, together with dates of the coming into force and, if necessary, into effect of the Agreement.

10. The Governmental Conference took note of the successful efforts made both through the European Convention on Social Security concluded within the Council of Europe and through bilateral social security conventions concluded between the States Members of the Council of Mutual Economic Assistance to ensure the provision of medical care to persons during temporary residence.

It noted with satisfaction that the new European Agreement which it had adopted this day united these efforts in a wider co-operation embracing all European States, in the spirit of the Final Act of the Conference on Security and Co-operation in Europe.

Done at Geneva, this seventeenth day of October 1980, in five original copies in English, French, German, Russian and Spanish. The texts shall be deposited with the Director-General of the International Labour Office, who shall transmit certified copies to the government of each European State

7. La Conférence gouvernementale a confirmé le mandat qui a été confié au Bureau international du Travail aux termes des dispositions du paragraphe 2 de l'article 20 de l'Accord, qui prévoient la préparation d'un arrangement modèle pour faciliter la conclusion des arrangements bilatéraux ou multilatéraux visés au paragraphe 1 dudit article, compte dûment tenu de ses délibérations à ce sujet.

8. La Conférence gouvernementale a adopté définitivement, le 17 octobre 1980, l'Accord européen concernant l'octroi des soins médicaux aux personnes en séjour temporaire, qui a été signé par le Président et le Vice-président de la Conférence. Cet Accord, qui devra être appliqué et interprété conformément aux décisions de la Conférence gouvernementale, est ouvert à la signature et à la ratification de tout Etat européen, conformément aux dispositions de son article 13, ainsi que, dans les conditions indiquées à son article 14, à l'adhésion de tout Membre non européen de l'Organisation internationale du Travail.

9. La Conférence gouvernementale a considéré utile que l'Accord européen concernant l'octroi des soins médicaux aux personnes en séjour temporaire soit publié au Bulletin officiel du Bureau international du Travail, ainsi que les dates d'entrée en vigueur et, le cas échéant, d'effet de l'Accord.

10. La Conférence gouvernementale a pris acte des efforts accomplis tant dans la Convention européenne de sécurité sociale conclue au sein du Conseil de l'Europe que dans les conventions bilatérales de sécurité sociale conclues entre les Etats européens membres du Conseil d'assistance économique mutuelle pour garantir l'octroi des soins médicaux aux personnes en séjour temporaire.

Elle a exprimé sa satisfaction de constater que le nouvel Accord européen qu'elle adopte ce jour associe ces efforts dans une coopération élargie à l'ensemble des Etats européens, dans l'esprit de l'Acte final de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe.

Fait à Genève ce 17 octobre 1980, en cinq exemplaires originaux en allemand, en anglais, en espagnol, en français et en russe. Les textes seront déposés entre les mains du Directeur général du Bureau international du Travail qui en enverra des copies certifiées conformes au gouvernement de chacun des Etats européens.

Denkschrift zum Übereinkommen

Das Übereinkommen wurde am 17. Oktober 1980 von einer Regierungskonferenz der europäischen Mitgliedstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf angenommen und ist nach seiner Ratifizierung durch die Niederlande und Ungarn gemäß Artikel 13 Absatz 3 für diese Staaten bereits am 1. Februar 1983 in Kraft getreten. Bisher haben auch eine Reihe anderer west- und osteuropäischer Staaten das Übereinkommen unterzeichnet. Die Unterzeichnung für die Bundesrepublik Deutschland erfolgte am 11. Februar 1983 durch den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, gemeinsam mit dem Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Internationalen Organisationen in Genf.

Das Übereinkommen gilt bei Krankheit (einschließlich Berufskrankheit), Unfall (einschließlich Arbeitsunfall) oder Mutterschaft für alle Personen (ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit sowie einschließlich der Familienangehörigen von Versicherten), die nach dem Recht eines Vertragsstaates anspruchsberechtigt sind und die bei (vorübergehendem) Aufenthalt im Hoheitsgebiet eines anderen (als des zuständigen) Vertragsstaates unverzüglich ärztlicher Betreuung bedürfen, (Artikel 2 und 4). Die ärztliche Betreuung wird vom Versicherungsträger des Aufenthaltsorts nach dem für ihn geltenden Recht gewährt, als wäre die betreffende Person bei ihm versichert (Artikel 4 Abs. 1).

Die Anwendung des Übereinkommens setzt das Inkrafttreten zwei- oder mehrseitiger Vereinbarungen über die Frage der Kostenerstattung zwischen den in Betracht kommenden Vertragsstaaten voraus (Artikel 6 und 20 Abs. 1).

Die Bestimmungen bestehender zwei- und mehrseitiger Übereinkünfte über Soziale Sicherheit, die die Gewährung ärztlicher Betreuung regeln, werden durch das Übereinkommen nur ersetzt, soweit diese Bestimmungen (im gegenseitigen Einvernehmen der betroffenen Vertragsstaaten) in einem Anhang zum Übereinkommen aufgeführt werden (Artikel 3).

Das Übereinkommen enthält ferner Bestimmungen über

- das Verfahren zur Kostenerstattung (Artikel 7),
- die wechselseitige Gewährung von Amtshilfe (Artikel 8),
- die Gebührenbefreiung für Unterlagen, die bei Anwendung des Übereinkommens vorzulegen sind (Artikel 9),
- das Recht, Anträge und Rechtsbehelfe wirksam und fristwahrend auch bei den entsprechenden Stellen eines anderen Vertragsstaates als des Staates, für dessen Stelle sie bestimmt sind, einzureichen (Artikel 10) und
- das Verfahren bei Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens (Artikel 11).

Die Artikel 12 bis 21 enthalten die in derartigen mehrseitigen Übereinkünften üblichen formalen Übergangs- und Schlußbestimmungen, insbesondere über Unterzeichnung, Ratifizierung, Inkrafttreten, Geltungsdauer und Kündigung des Übereinkommens sowie die Bestimmungen über Beitrittsrechte und über die im Zusammenhang mit dem Übereinkommen erforderlichen Erklärungen und Notifikationen.

Die ebenfalls am 17. Oktober 1980 angenommene Schlußakte der Regierungskonferenz enthält eine Reihe von Auslegungen des Übereinkommens.

Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn 411457 5. 84
Alleinvertrieb: Verlag Dr Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333